



Absender:
Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.
Korschenbroicher Str. 83
41065 Mönchengladbach

Adressat:
Katja Rathje-Hoffmann, Vorsitzende des Sozialausschusses

Stellungnahme des Verbandes kinderreicher Familien Deutschland e.V.
zur Drucksache 20/3360

Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein
zur Situation kinderreicher Familien

Inhaltsverzeichnis

Grundsätzliche Einschätzung.....	2
Einleitung und Wichtigkeit.....	2
Konkrete Kritikpunkte.....	3
Frühkindliche Bildung und Geschwisterermäßigung (Kapitel 3.1):.....	3
Schule (Kapitel 3.2):.....	3
Ganztag (Kapitel 3.3):.....	4
Wohnungs- und Baupolitik (Kapitel 4):.....	4
Mobilität (Kapitel 5):.....	5
Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kapitel 6):.....	5
Zusammenfassung und Fazit.....	6
Positionen des Verbandes für landespolitische Forderungen in Schleswig-Holstein.....	7
Forschung/Daten.....	7
Wohnen & Bauen.....	7
Frühkindliche Bildung & Betreuung.....	7
Schule & Ganztag.....	7
Mobilität.....	8
Teilhabe & Freizeit.....	8
Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Arbeitswelt.....	8
Wertschätzung, Anerkennung und Sichtbarkeit.....	9

Grundsätzliche Einschätzung

Der demografische Wandel ist längst keine abstrakte Zukunftsfrage mehr, sondern eine handfeste Krise. Prof. Dr. Martin Bujard, Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, betonte schon 2019: „Uns fehlt in Deutschland das dritte Kind“ (vgl. BiB-Studie 2019). Die Datenlage ist verheerend – die Geburtenziffer liegt aktuell bei nur rund 1,35 Kindern pro Frau. Einer der zentralen Gründe für diese Entwicklung ist laut Bujard der Rückgang kinderreicher Familien um 68 Prozent. Fast jedes vierte Kind lebt gegenwärtig in einer kinderreichen Familie. Es gibt ca. 1,6 Millionen Mehrkindfamilien in Deutschland (vgl. Destatis 2025).

Die Entscheidung für ein Kind, insbesondere für ein drittes Kind, ist in Deutschland mittlerweile eine Entscheidung, die von finanziellen Einflussfaktoren maßgeblich bestimmt ist. Immer mehr hört man den Satz: „*Das Leben ist teuer geworden. Kinder muss man sich leisten können.*“ Gerade ab dem dritten Kind steigen die Kosten sprunghaft an, während staatliche Unterstützung (z.B. Elterngeld, Kindergeld) und gesellschaftliche Strukturen nicht bzw. sehr langsam nachziehen (z.B. Wohnraum, Mobilität, Betreuung und Bildung).

Studien zeigen: 78 % der Akademikerinnen wünschen sich ein drittes Kind; doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander (KAS-Studie 2019). Lehrer, Handwerker, Fachkräfte aller Branchen rechnen mittlerweile mit spitzem Bleistift, ob sie sich den Schritt zum 3. Kind leisten können. Häufig siegt die Sorge, dass das Geld nicht reicht, über den Kinderwunsch.

Damit stellt sich die zentrale Frage: Wie schlagen wir die Brücke, dass Deutschland dringend mehr Kinder braucht und gleichzeitig Familien ihre Wünsche auch tatsächlich umsetzen können? Wie schaffen wir es, dass finanzielle, wohnungs- und mobilitätspolitische Entlastungen so gestaltet werden, dass der Schritt zum dritten Kind nicht mit Nachteilen verbunden ist, sondern umgesetzt werden kann? Wie gelingt der Alltag zwischen Pflege, Familie und Job?

Tatsächlich liegt das Armutsrisiko bei kinderreichen Familien um ein Vielfaches höher als bei Ein- und Zweikindfamilien. Dennoch wurde in den letzten Jahrzehnten – auch in Schleswig-Holstein – de facto vor allem eine Ein- und Zweikindpolitik betrieben. Immer mehr ist zu erkennen, wohin das demografisch führt. Es braucht daher dringend Maßnahmen, damit kinderreiche Familien nicht aus der Mitte der Gesellschaft abrutschen.

Einleitung und Wichtigkeit

Deshalb versteht sich dieser Verband als starke Stimme für kinderreiche Familien. Wir machen sie sichtbar und treten dafür ein, dass ihre Bedarfe nicht länger übersehen, sondern in der Familienpolitik – und allen die Familienthemen berührenden weiteren Politikbereiche – berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Familie in ihrer Vielfalt und Buntheit ein wirkungsvolles und bereicherndes Lebensmodell ist, dass Eltern und Kinder als Familie in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen mitgedacht werden. Großfamilien sind etwas Tolles! Sie machen unsere Gesellschaft vielfältiger und innovativer. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ist ohne eine smarte Familienpolitik nicht zukunftsorientiert.

Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. begrüßt daher ausdrücklich, dass die Landesregierung die Zusammenstellung statistischer Daten zur Zahl, regionalen Verteilung und zu einzelnen Lebensbereichen (Kita, Schule, Wohnen, Vereinbarkeit) als eine wichtige Grundlage für die politische Debatte veröffentlicht.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Bericht differenzierte Daten zur Armutsgefährdung, zu SGB-II-Bezug und zur Einkommenslage enthält. Ebenso ist es begrüßenswert, dass den Mehrkindfamilien im kommenden Sozialbericht 2025 ein separates Kapitel gewidmet werden soll – ein Schritt in Richtung stärkerer Sichtbarkeit. Darüber hinaus ist positiv, dass bereits einige Kommunen im Bereich frühkindlicher Bildung Geschwisterermäßigungen vorsehen, wenngleich dies längst nicht flächendeckend umgesetzt ist.

Gleichzeitig bleibt der Bericht in der Analyse und in seinen Konsequenzen hinter den tatsächlichen Herausforderungen zurück. Er benennt zwar Problemlagen, vermeidet jedoch konkrete Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Dadurch entsteht ein beschönigendes Bild, das der Realität kinderreicher Familien nicht gerecht wird, weil es oftmals oberflächlich die angesprochenen Themen behandelt.

Konkrete Kritikpunkte

Die Zahlen zeigen klar, dass kinderreiche Familien überdurchschnittlich armutsgefährdet sind (Armutsrisiko 34 % gegenüber 17 % bei Zwei-Kind-Familien). Dennoch bleibt der Bericht an dieser Stelle folgenlos und vermeidet politische Konsequenzen. Hinzu kommt, dass die regionale Verteilung der Mehrkindfamilien nicht detailliert dargestellt wird. Mit dem Hinweis, aufgrund geringer Fallzahlen sei dies nicht möglich, wird ein entscheidender Aspekt ausgeblendet. Gerade in einem kleinen Bundesland wie Schleswig-Holstein wäre eine regionale Differenzierung zwingend notwendig. Wir weisen an dieser Stelle auf die Wichtigkeit der Datenerhebung über Kinderreiche hin und ermutigen die Landesregierung, weitere Statistiken zu verfolgen.

Frühkindliche Bildung und Geschwisterermäßigung (Kapitel 3.1):

Die Aussage, die Landesregierung messe der frühkindlichen Bildung hohe Priorität bei, bleibt unkonkret und endet ohne Beispiele. Unklar bleibt, welche Maßnahmen tatsächlich greifen und in welchem Umfang Mehrkindfamilien profitieren. Besonders problematisch ist, dass das Land selbst keine statistische Erhebung darüber vornimmt, in welcher Anzahl und Höhe Familien von Geschwisterermäßigungen profitieren. Damit bleibt die Bewertung ihrer Wirksamkeit oberflächlich.

Schule (Kapitel 3.2):

Das Geschwisterkriterium bei der Schulaufnahme ist zwar positiv, hilft Mehrkindfamilien aber kaum, wenn das erste Kind im Losverfahren keinen Platz erhält. Dann profitieren auch die weiteren Geschwister nicht. Der Wunsch von Mehrkindfamilien sollte priorisiert berücksichtigt werden.

Ganzttag (Kapitel 3.3):

Die Darstellung bleibt oberflächlich und enthält keinerlei spezifischen Aspekte, die kinderreiche Familien betreffen. Besonders das Thema Mittagsverpflegung wird nicht aufgegriffen. Während einzelne Kinder Zuschüsse erhalten können, gibt es für Eltern, die zuhause drei und mehr Kinder versorgen, keinerlei Unterstützung. Hier wäre ein Zuschuss – sei es für Mittagessen in Einrichtungen oder für häusliche Versorgung – ein erster Schritt zur Anerkennung von Care-Arbeit. Ein Anerkennen dieses Aspekts als zielgerichtete Unterstützung für kinderreiche Familien wäre zukunftsorientiert und ohne „Gießkannenprinzip“ realisierbar.

Darüber hinaus fordert der Verband eine Öffnung des Bildungs- und Teilhabepakets ab dem dritten Kind. Bislang sind die Leistungen stark eingeschränkt und erreichen viele kinderreiche Familien nicht. Eine erweiterte Förderung würde sicherstellen, dass Kinder aus Mehrkindfamilien nicht von Schul- und Freizeitangeboten ausgeschlossen werden, denn – wie der Bericht korrekterweise festhält – sinkt das Pro-Kopf-Nettoeinkommen mit jedem weiteren Familienmitglied.

Wohnungs- und Baupolitik (Kapitel 4):

In den letzten Jahren ist zunehmend zu beobachten, dass es zu einer Benachteiligung von Familien, insbesondere kinderreichen Familien, auf dem Wohnungsmarkt gekommen ist. Bezahlbarer Wohnraum ist ohnehin knapp bzw. fehlt nach Wohnortlage völlig; Wohnungen mit mehr als drei Zimmern werden kaum noch gebaut und nicht selten gilt: Familien sind in innerstädtischen Lagen „nicht erwünscht“. Familien konkurrieren mit ihren eigenen älteren Kindern (Studierenden-WGs) sowie Seniorinnen und Senioren um Wohnraum.

All diese Gründe führen dazu, dass Familien idealerweise versuchen müssen, den Weg ins Eigenheim zu gehen. Problematisch ist jedoch, dass die Preise für Baugrundstücke und Immobilien bzw. das Bauen selbst inzwischen so teuer ist, dass längst nicht alle Familien diese Last schultern können. Mittlerweile können sich auch zunehmend mehr Familien aus der Mitte der Gesellschaft den Weg in die eigenen vier Wände nicht mehr finanzieren. Gerade für kinderreiche Familien spielt Eigentum jedoch eine besondere Rolle: Es dient nicht nur der Versorgung der Kinder, sondern auch der Altersvorsorge.

Der Verband setzt sich daher für ausgewiesenes, familiengerechtes Bauland ein, eine sozial gestaffelte Grunderwerbsteuer, die sich nach der Kinderzahl reduziert, eine Senkung der Kaufnebenkosten, eine Verschnellerung und Verschlankeung von (Um-)Baugenehmigungen sowie eine Anbindung an den ÖPNV, wenn Familien in den suburbanen Raum ausweichen müssen.

Zwar existieren im Land Förderprogramme, doch bleibt unklar, ob und wie diese für kinderreiche Familien tatsächlich nutzbar sind. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Einkommen sinken mit steigender Kinderzahl, Einkommensgrenzen werden zwar angepasst, aber die Frage bleibt, ob dies ausreichend geschieht. Zudem gesteht die Landesregierung selbst ein: „Die Fördermittel werden nicht auf die einzelnen Zielgruppen der Sozialen Wohnraumförderung heruntergebrochen. Daher ist die Nennung der Fördermittel, die an kinderreiche Familien vergeben wurden, leider nicht möglich.“ Gerade Wohnen und Bauen sind jedoch zentrale Themen für Mehrkindfamilien. Platzmangel ist ein Hauptgrund, warum viele Familien auf weitere Kinder verzichten. Ohne klare

Daten bleibt die Wirkung der Programme unüberprüfbar. Das Land sollte deshalb alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Mehrkindfamilien Wohnraum zu schaffen.

Mobilität (Kapitel 5):

Die Darstellung reduziert sich auf Schülerbeförderung und das Deutschland-Schulticket. Für Familien mit Kleinkindern oder für alltägliche Mobilität außerhalb des Schulwegs fehlt jede Perspektive. Zudem fehlen konkrete Zahlen, wie viele kinderreiche Familien tatsächlich profitieren. Das Kapitel zeigt: ein spezifischer Fokus auf Mehrkindfamilien im Bereich Mobilität existiert nicht.

Der Verband schlug im Rahmen der Debatte um das Deutschlandticket von Anfang an das Ermöglichen der Übertragbarkeit der Karte an eigene Kinder. Diese Maßnahme wäre ein wirkungsvoller Hebel für kinderreiche Familien.

Mobilität ist eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Wenn Familien mit vielen Kindern keine Möglichkeit haben, bezahlbar und planbar mobil zu sein, werden sie vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Dies betrifft Stadt und Land.

Aus Sicht kinderreicher Familien braucht es dringend zusätzliche Maßnahmen, um Mobilität familien- und altersgerecht zu gestalten. Support ab dem 3. Kind sind kein Gießkannenprinzip.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kapitel 6):

Für kinderreiche Familien ist echte Wahlfreiheit entscheidend. Das bedeutet: Eltern müssen selbst entscheiden können, ob und in welchem Umfang sie erwerbstätig sind – ohne finanziell bestraft zu werden. Gerade in Familien mit drei und mehr Kindern ist der Spagat zwischen Erwerbsarbeit, Betreuung und Pflege von Angehörigen deutlich größer. Es gibt Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Krankheiten, besonderen Bedarfen oder andere familiäre Verpflichtungen, die eine flexible Gestaltung notwendig machen.

Das Kapitel bleibt leider allgemein und benennt keine spezifischen Maßnahmen für kinderreiche Familien. Besonders deutlich wird dies mit der Aussage: „Ob und in welcher Anzahl es spezielle Regelungen in Hinblick auf kinderreiche Familien gibt, ist dem Land nicht bekannt.“ Damit dokumentiert die Landesregierung selbst ein gravierendes Defizit. Zudem wären bestehende Netzwerke wie „Erfolgsfaktor Familie“ wesentlich erfolgreicher, wenn Familien mit drei und mehr Kindern beteiligt und systematisch mitgedacht würden.

Die Landesregierung verweist mehrfach darauf, dass viele Maßnahmen auf Bundesebene geregelt werden müssten. Dies ist zutreffend, entbindet das Land jedoch nicht von der Verantwortung, eigene Handlungsspielräume konsequent zu nutzen. Gerade in den Bereichen Wohnen, Bildung und Infrastruktur kann und muss das Land spezifische Verbesserungen schaffen.

Eltern – insbesondere Müttern in kinderreichen Familien – muss die Wahlfreiheit zurückgegeben werden. Nicht alle können, wollen oder müssen sofort vollzeithalb arbeiten. Familienpolitik muss dies respektieren. Vielmehr sollten Mütter beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützt werden (siehe unser KRFD-Projekt MACHbar, wurde bis 2024 vom BMBFSFJ gefördert). Als Verband unterstützen wir eine Geschwisterkomponente ab dem 3. Kind bei Betreuungskosten.

Zusammenfassung und Fazit

Es ist positiv, dass die Landesregierung durch die Statistik die Existenz kinderreicher Familien sichtbar macht. Förderpolitisch jedoch werden diese Familien bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Lobenswert ist, dass die Landesregierung die Geschwisterermäßigung perspektivisch systemübergreifend für Kindertages- und Ganztagsbetreuung einführen möchte. Ebenso begrüßen wir den Ansatz, ressortübergreifend zu planen und Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln – dies ist notwendig, um die komplexen Bedarfe kinderreicher Familien wirksam zu adressieren.

Gleichwohl bleibt festzuhalten: Die von der Landesregierung als „gut“ bezeichnete Datenlage ist aus Sicht des Verbandes nur bedingt belastbar und bietet erheblichen Verbesserungsbedarf. An mehreren Stellen gesteht der Bericht selbst ein, dass relevante Zahlen fehlen oder nicht erhoben werden (ein Problem, das auch auf Bundesebene bekannt ist). Ohne eine konsistente und detaillierte Datengrundlage bleibt jede Strategie Stückwerk. Wir können die Landesregierung daher nur ermutigen, Zahlen und Daten zu kinderreichen Familien in so vielen Facetten wie möglich zu erheben. Dies würde weitere Schritte ermöglichen, z. B. wären Untersuchungen möglich, inwieweit eine gezielte Förderung ab dem 3. Kind die Landes- und kommunalen Kassen wirklich belasten würde.

Die Landesregierung wurde durch den Abgeordneten Ch. Dirschauer dazu aufgefordert, über die Lage kinderreicher Familien zu berichten. Eine konkrete und zielgerichtete Förderung dieser Zielgruppe durch das Land und eine klare zukunftsorientierte Strategie ist jedoch nicht erkennbar. Kinderreiche Familien sind das Rückgrat der Gesellschaft – sie sind „verkannte Leistungsträger der Gesellschaft“ und verdienen Anerkennung (Bertelsmann-Studie 2023), politische Unterstützung und echte Teilhabe, nicht nur statistische Erfassung.

Kinderreiche Familien sind keine Randerscheinung. Über sieben Millionen Menschen leben tagtäglich das Lebensmodell „Großfamilie“. Fast jedes vierte Kind in Deutschland wächst mit zwei oder mehr Geschwistern auf. Diese Familien dürfen nicht länger als ‚Sonderfall‘ behandelt werden, sondern müssen in der Familienpolitik berücksichtigt werden. Angesichts einer Geburtenziffer von nur 1,3 Kindern pro Frau und dem dramatischen Rückgang kinderreicher Familien um 68 % steht Deutschland mitten in einer katastrophalen demografischen Krise. Ohne die Stärkung von Mehrkindfamilien droht unsere Gesellschaft an Stabilität, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit zu verlieren.

Wir würdigen ausdrücklich, dass die Landesregierung mit dem Bericht einen wichtigen ersten Schritt getan hat, um die Situation kinderreicher Familien sichtbar zu machen – nun gilt es, gemeinsam den Weg weiterzugehen und Schleswig-Holstein zu einem echten Leuchtturm für Mehrkindfamilienfreundlichkeit zu machen. Wir ermutigen die Landesregierung, die Mehrkindfamilien zielgerichtet zu unterstützen und stehen als Ideengeber und Ansprechpartner gern zur weiteren Verfügung.

Positionen des Verbandes für landespolitische Forderungen in Schleswig-Holstein

Forschung/Daten

- Systematische Erhebung und Auswertung von Daten zu Mehrkindfamilien, um faktenbasiert politisch handeln zu können

Wohnen & Bauen

- Familiengerechten Wohnraum schaffen: Neubau für Familien mit mehr als 3 Kindern (Wohnungen >3 Zimmer)
- Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt stoppen: Familien als Mieter dürfen nicht benachteiligt werden
- Förderung von Eigentum: Baukindergeld 2.0, gestaffelte Grunderwerbsteuer nach Kinderzahl, Senkung der Nebenkosten
- Ausschreibung von familiengerechtem Bauland
- Bezahlbarer Wohnraum: max. 30 % des Familieneinkommens für Miete
- Quartiersentwicklung nach dem Modell „family friendly cities“
- Wohnortnahe Infrastruktur sichern: Wenn Familien ins Umland ziehen müssen, muss der ÖPNV mitziehen

Frühkindliche Bildung & Betreuung

- Verbindliche Geschwisterermäßigung bei Kita- und Schulgebühren sowie bei Ganztagsangeboten und Vereinsmitgliedschaften: 1. Kind voller Beitrag, 2. Kind 50 %, ab dem 3. Kind beitragsfrei → Entlastung muss automatisch erfolgen, nicht durch jährliche Neuanträge
- Bundeseinheitliche Beitragsfreiheit: Familien werden je nach Bundesland gegenwärtig unterschiedlich stark belastet (Schleswig-Holstein erhebt Kita-Gebühren; Hamburg ab einer gewissen Stundenanzahl, Niedersachsen ist ab dem 3. Lebensjahr beitragsfrei und Mecklenburg-Vorpommern ist beitragsfrei)
- das Kita-Portal muss verlässlich sein; händische Mehrfachanmeldungen und Nachfragen in jeder Einrichtung ist unzumutbar und unökonomisch → bessere Digitalisierung und Vereinfachung bei der Suche
- verlässliche Öffnungszeiten der bestehenden Kita-Betreuungsplätze

Schule & Ganzttag

- Öffnung des Bildungs- und Teilhabepakets ab dem 3. Kind für Schulmaterial, Ausflüge, Sport und Kultur

- Subvention für Mittagessen auch für Familien, die zu Hause kochen – Care-Arbeit darf nicht benachteiligt werden (v.a. vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der Teuerungsrate von Mittagessen)

Mobilität

- ab dem 3. Kind die Deutschlandfamilienkarte gratis
- Angleichung des ÖPNV an Fernverkehrs-Regelung der DB: Kinder fahren kostenlos mit
- Übertragbare Monatskarten und Familienmitnahme-Option (Kinder + Ehepartner) z. B. beim Deutschland-Ticket
- Bezahlbare Einzelfahrten, insbesondere für Kinder und Jugendliche, v.a. in Stadtgebiete
- weniger „Elterntaxis“, Verkehrssicherheit stärken, bessere Radwege, Übungsräume und sichere Schulwege
- Ausnahmen für Kinderreiche bei Kosten für Innenstadtparken

Teilhabe & Freizeit

- Familienkarten unabhängig von Kinderzahl (wie z.B. in Norwegen und Frankreich) – keine Benachteiligung großer Familien bei Eintrittspreisen → „echte Mehrkindfamilienkarte“, d.h. ermäßigter Zugang zu Museen, Schwimmbädern, Freizeitparks und Campingplätzen (Bsp: auf Campingplätzen kosten 2 kleine Zelte für eine 5-köpfige Familie mehr als ein Stellplatz für einen 8-Meter-Luxus-Camper)
- Öffnung des Bildungs- und Teilhabepakets ab dem 3. Kind
- Beitragsfreiheit im Sport- und Ehrenamt für Kinder von in Vereinen engagierten Eltern (Bsp: Portugal)
- Spielplätze & Freizeitangebote müssen familien- und altersgerecht ausgebaut werden (auch Bewegungsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche, teils barrierefreie Spielplätze, Trimm-Dich-Pfade/Parcours)

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Arbeitswelt

- Wahlfreiheit für Eltern bei der Erwerbstätigkeit und Betreuung: kein Druck auf sofortige Vollzeitarbeit, insbesondere bei kinderreichen Müttern, stattdessen keep-in-touch-Modelle
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle für Väter und Mütter, ohne Karriereknick oder Einkommenseinbußen
- Förderung von Wiedereinstiegsmodellen für kinderreiche Mütter und Väter nach Erziehungszeit (siehe unser MACHbar-Projekt <https://www.kinderreichfamilien.de/machbar.html>)
- Schutz vor Diskriminierung im Beruf (Touristik, Gastronomie etc. – Mütter dürfen nicht benachteiligt werden, z. B. keine Kündigung in Mutterschutz/Elternzeit)

- Entlohnung von Care-Arbeit und Respekt vor den besonderen Bedarfen kinderreicher Mütter

Wertschätzung, Anerkennung und Sichtbarkeit

- Begrüßungspakete für Neugeborene und/oder zugezogene Familien mit lokalen/regionalen Produkten/Angeboten/Gutscheinen
- Start einer Sichtbarkeitskampagne „Mut zum dritten Kind“, um Familienbilder zu verändern und Mehrkindfamilien positiv hervorzuheben

Dr. Elisabeth Müller, Vorsitzende KRFD e.V.

Mönchengladbach, den 12.01.2026